

# Die Krise in Bosnien und Herzegowina

## Ursachen, Hintergründe, mögliche Auswege

### **GERHARD MARCHL**

Karl-Renner-Institut, Leiter des Bereichs Europäische Politik

[www.renner-institut.at](http://www.renner-institut.at)

---

#### **Auf einen Blick:**

- Bosnien und Herzegowina befindet sich in einer seiner schlimmsten Krisen seit Kriegsende. Viele Menschen haben wieder Angst vor gewaltsamen Konflikten, wenn nicht sogar Krieg.
- Hauptverantwortlich dafür ist die separatistische Politik Milorad Dodiks, des Anführers der bosnischen Serb:innen. Er hat in den letzten Wochen ernste Schritte in Richtung Loslösung der Republika Srpska vom Gesamtstaat gesetzt.
- Eine gewaltsame Eskalation gilt als unwahrscheinlich, da weite Teile der Bevölkerung friedlich zusammenleben wollen und die internationale Gemeinschaft u.a. in Form des Hohen Repräsentanten und der EU-Schutztruppe EUFOR Althea im Land präsent ist.
- Dennoch ist die Rolle der internationalen Gemeinschaft und ihrer wichtigsten Player – USA, EU und einzelne ihrer Mitgliedstaaten, Russland – sowie der Nachbarländer Kroatien und Serbien kritisch zu sehen.
- In Bosnien und Herzegowina herrscht seit langem politischer Stillstand. Verantwortlich dafür ist die nationalistische und auf Eigeninteressen beruhende Politik der Eliten aller drei Volksgruppen. Zudem unternehmen sie nichts gegen Korruption und Vetternwirtschaft, sondern befördern diese noch mit ihrem Klientensystem.
- Die Folgen sind ein hohes Maß an Frustration in der Bevölkerung und die Auswanderung zehntausender, vor allem junger Menschen Jahr für Jahr.
- Zur Überwindung der gegenwärtigen Krise braucht es klare Signale des Einhalts gegen Dodik, wenn nötig auch Sanktionen. Um Fortschritte in Bosnien und Herzegowina zu ermöglichen, braucht es ein Umdenken der politischen Eliten im Land und eine aktivere EU.

*Dieses „Politik aktuell“ beruht zu einem erheblichen Teil auf Eindrücken und Gesprächen mit Vertreter:innen von Politik, Diplomatie und Zivilgesellschaft im Zuge einer Reise nach Bosnien und Herzegowina Mitte Oktober 2021. Diese Reise fand im Rahmen der Westbalkan-Initiative „Young Generations for the New Western Balkans“ statt, die im Mai 2018 vom Karl-Renner-Institut, dem International Institute for Peace (IIP) und dem Österreichischen Institut für Internationale Politik (oiip) gegründet wurde.*

### Wieder Angst vor Krieg

Die Menschen in Bosnien und Herzegowina haben in diesen Wochen wieder Angst vor Krieg und fühlen sich an die Zeit vor Ausbruch des Bosnienkriegs im April 1992 erinnert. Auch damals war die Rhetorik immer schärfer geworden, die aggressive Stimmung bewusst gesteigert worden. Dennoch war für viele Bewohner:innen des Landes der Kriegsausbruch überraschend gekommen. Sie hatten es sich einfach nicht vorstellen können, dass in ihrem Land Krieg möglich ist.

Nun, angesichts erneuter Drohungen und verbaler Attacken, die zum Teil der Rhetorik von vor 1992 ähneln, ist die Befürchtung groß, dass das Land wieder im Krieg versinkt oder es zumindest zu gewaltsamen oder gar militärischen Zwischenfällen kommt.

Wie konnte es so weit kommen?

### Gefährliche Rhetorik und Staatsboykott von Vertreter:innen der Republika Srpska

Seit dem Sommer häufen sich die aggressiven und separatistischen Töne insbesondere von Milorad Dodik, dem serbischen Mitglied des dreiköpfigen Staatspräsidiums und ehemaligen Präsidenten der Republika Srpska, und weiteren Vertreter:innen dieses Landesteils.

Indirekt mitausgelöst wurde die Zuspitzung der Rhetorik und der Lage im Land einerseits durch den endgültigen Schuldspruch von Ratko Mladić und andererseits durch ein von Valentin Inzko, dem damaligen Hohen Repräsentanten für Bosnien und Herzegowina, erlassenes Gesetz:

Am 8. Juni 2021 bestätigte das Nachfolgericht des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien den Schuldspruch gegen Ratko Mladić, den Kommandanten der Armee der Republika Srpska (Vojska Republike Srpske, VRS) im Bosnienkrieg. Er war bereits 2017 zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt worden. Dodik kritisierte das Urteil und relativierte die Verbrechen der bosnischen Serb:innen: Der Völkermord in Srebrenica sei ein „Mythos“, der „nicht stattgefunden“ habe, und es gebe keinen Nachweis für die Verbrechen Mladićs. Bereits in der Vergangenheit hatte er die Ermordung von rund 8.000 Bosniak:innen, vor allem Männer und Burschen, durch Angehörige der Armee der Republika Srpska, der Polizei und serbischen Paramilitärs im Sommer 1995 kleingeredet.

Im Juli 2021, wenige Wochen nach dem Schuldspruch, erließ der Österreicher Valentin Inzko, scheidender Hoher Repräsentant für Bosnien und Herzegowina, ein Gesetz, das die Leugnung des Völkermords von Srebrenica unter Strafe stellt. Es trat am 31. Juli in Kraft. Für Dodik war dieses Gesetz ein Affront. Zum 26. Jahrestag von Srebrenica leugnete er nicht nur den Völkermord, sondern die Verbrechen an sich, indem er behauptete, dass die Särge leer seien. Zudem griff er Inzko und später

den Deutschen Christian Schmidt – seit August neuer Hoher Repräsentant für Bosnien und Herzegowina –, der das Gesetz verteidigte, massiv persönlich an. Er verglich sie mit Hitler und warf ihnen vor, antiserbisch zu agieren. Die Tatsache, dass erneut ein deutschsprachiger Hoher Repräsentant eingesetzt wurde, kommentierte er damit, dass der germanische Einfluss beibehalten werden solle.

Der aggressiven Rhetorik nicht genug kündigte Dodik an, dass die Republika Srpska alle Gesetze des Hohen Repräsentanten für nichtig erklären werde, und drohte immer wieder mit weiteren Schritten in Richtung Loslösung der serbisch dominierten Entität. Für Dodik ist Bosnien und Herzegowina nichts anderes als eine „Papierrepublik“. Die gesamtstaatlichen Institutionen, so Dodiks nachweislich falsche Behauptung, seien dem Land vom Hohen Repräsentanten aufgezwungen worden.

In den vergangenen Wochen und Monaten setzte die Republika Srpska auch bereits entscheidende Schritte:

- Seit dem Sommer blockieren Dodik und sein politisches Umfeld seither zumindest phasenweise die gesamtstaatlichen Institutionen wie das Staatspräsidium, die Regierung und das Parlament.
- Am 20. Oktober verabschiedete die Nationalversammlung der Republika Srpska ein vermutlich verfassungswidriges Gesetz, das die Gründung einer regionalen Agentur für medizinische Ausrüstung und Medikamente als „unabhängige Verwaltungsorganisation“ mit dem „Status einer juristischen Person“ vorsieht. Die neue Einrichtung würde im Wesentlichen die Befugnisse und Zuständigkeiten der 2009 gegründeten gesamtstaatlichen Bundesagentur für medizinische Ausrüstung und Arzneimittel übernehmen.
- Am 10. Dezember beschloss das Parlament der Republika Srpska, weitere Gesetze auszuarbeiten und anzunehmen, die dem Zentralstaat in den Bereichen Steuern, Justiz sowie Sicherheit und Verteidigung Kompetenzen entziehen würden. Damit würde sich die serbische Entität beispielsweise auch aus der Armee des Staates zurückziehen und ein eigenes Militär ebenso wie ein eigenes Steuerwesen einführen.

Vor allem bosniakische Politiker:innen und Persönlichkeiten reagieren alarmiert auf diese Schritte und Drohungen und warnen vor einem neuerlichen Krieg. Diese drastischen Warnungen mögen auch parteipolitisch motiviert sein, um sich für die Wahlen 2022 in eine bessere Position zu bringen. Die nationalistischen Parteien und Politiker:innen auf allen Seiten könnten also wieder zu den Nutznießer:innen jener Situation werden, die sie selbst (mit)verursacht haben.

Unter den nationalistischen Politiker:innen ist Dragan Čović, der Chef der HDZ BiH (Hrvatska demokratska zajednica Bosne i Hercegovine; deutsch: Kroatische demokratische Gemeinschaft Bosnien und Herzegowinas), zu nennen. Er tritt ebenso wie Dodik gegen einen starken Gesamtstaat auf und verlangt eine Wahlrechtsänderung in dem Sinne, dass ausschließlich die kroatischen Wähler:innen das kroatische Mitglied im Staatspräsidium wählen dürfen. Außerdem werden immer wieder Rufe nach einer eigenen dritten – kroatischen – Entität laut.

### Stabilisierende Faktoren in der Staatskrise

Auch wenn viele Bewohner:innen des Landes in diesen Tagen und Wochen wieder eine diffuse Angst vor Krieg verspüren, lassen eine Reihe von Faktoren ausufernde Gewalt oder gar einen Kriegsausbruch als unwahrscheinlich erscheinen.

Zunächst ist festzuhalten, dass die überwiegende Mehrheit der Menschen keinen Krieg will, sondern friedlich zusammenleben möchte. Auch die Einwohner:innen der Republika Srpska, deren Führung den Gesamtstaat in Frage stellt, sind an einem friedlichen Zusammenleben interessiert. Zudem lehnt die dortige Opposition Dodiks Abspaltungskurs ab.

Prinzipiell stabilisierend wirken sich auch das Engagement und die Präsenz der internationalen Gemeinschaft im Land aus. Als erstes ist der Friedensimplementierungsrat (Peace Implementation Council) zu nennen, der die Umsetzung des Dayton-Abkommens aus dem Jahr 1995 überwacht. Die 55 Mitglieder (Staaten, internationale Organisationen und UN-Agenturen) und in weiterer Folge der UN-Sicherheitsrat ernennen die/den Hohe/n Repräsentant:in für Bosnien und Herzegowina. Die weitreichenden Kompetenzen dieses Amtes wurden von Anhang 10 des Dayton-Abkommen, UN-Sicherheitsratsresolution 1031 vom 15. Dezember 1995 sowie Beschlüssen des Friedensimplementierungsrats festgelegt. Der/die Amtsträgerin kann u.a. Gesetze verhindern bzw. erlassen.

Der derzeitige Amtsträger, der Deutsche Christian Schmidt, ist jedoch umstritten. Russland stimmte seiner Ernennung als einziges Mitglied des Friedensimplementierungsrats nicht zu, was zur Folge hatte, dass in diesem Zusammenhang keine UN-Sicherheitsratsresolution zustande kam. Dennoch fällt in der derzeitigen Staatskrise Schmidt eine Schlüsselrolle zu.

Die EU ist in mehrfacher Hinsicht präsent und einflussreich und wirkt allein schon aus diesem Grund stabilisierend in der jetzigen Situation: Zum einen ist die EU-Delegation zu nennen, also die diplomatische Vertretung der EU im Land, die umso mehr Gewicht hat, als ihr Leiter, derzeit der Österreicher Johann Sattler, auch Sonderbeauftragter der EU für das Land ist und somit höher gesteckte Aufgaben und entsprechende Kompetenzen hat. Er soll Fortschritte auf dem Weg des Landes zur EU-Integration sicherstellen und in engem Kontakt mit den Behörden einen Beitrag zu Stabilität und Sicherheit leisten. Zum anderen steht im Falle des Falles die friedenserhaltende Militäroperation EUFOR Althea bereit, die mit einem Mandat des UN-Sicherheitsrats ausgestattet ist. Sie ist derzeit mit rund 600 Soldat:innen im Land vertreten, wovon über ein Drittel vom Österreichischen Bundesheer gestellt wird. Mit Alexander Platzer ist auch der EU Force Commander ein Österreicher. Bei Bedarf kann die Truppe aufgestockt werden.

Nicht wenigen Menschen in Bosnien und Herzegowina gibt Sicherheit, dass auch die NATO in Sarajevo ein Hauptquartier unterhält. Das 50-köpfige Team besteht aus Militärs und Zivilist:innen. Die NATO-Präsenz hat die Aufgabe, die Behörden von Bosnien und Herzegowina bei den Reformen und Verpflichtungen im Sicherheitssektor zu unterstützen und das Land auch in diesem Bereich auf die europäische und euroatlantische Integration vorzubereiten. Das Hauptquartier leistet zudem EUFOR Althea Unterstützung.

## Die fragwürdige Rolle der internationalen Gemeinschaft

Trotz ihres Engagements und ihrer Präsenz ist die Rolle der internationalen Gemeinschaft nicht immer positiv, sondern ist auch in der derzeitigen Krise kritisch zu sehen. Russland tritt zunehmend destruktiv auf, die EU und die USA halten sich zumindest nach außen hin zurück, gewisse EU-Staaten wie Slowenien und Ungarn hintertreiben die EU-Position, und die wichtigen Nachbarländer Kroatien und Serbien setzen vor allem auf die nationalistische Karte.

Russland hat sich in den vergangenen Jahren zunehmend zu einem Unterstützer Milorad Dodiks entwickelt. Vor allem aber sieht Moskau – durchaus im Kontext der Negativspirale im Verhältnis zwischen Russland und dem Westen – das Amt der/des Hohen Repräsentant:in kritisch und möchte es abschaffen. Bereits Valentin Inzko wurde vorgeworfen, einseitig zu agieren und Bosnien und Herzegowina in Richtung einer euroatlantischen Integration vorzubereiten. Der Ernennung seines Nachfolgers Christian Schmidt versagte Moskau die Zustimmung und stellt seither seine Legitimität in Frage. Als Anfang November die jährlich nötige Verlängerung des Mandats für EUFOR Althea durch den UN-Sicherheitsrat anstand, konnte Schmidt aufgrund des russischen Widerstands nicht das Wort ergreifen, sondern nur seinen schriftlichen Bericht vorlegen. Moskau sorgte darüber hinaus dafür, dass der Bericht der Republika Srpska, der die Vorgehensweise Dodiks rechtfertigte, ebenbürtig behandelt wurde. Letztlich wurde die EU-Mission Althea verlängert, ohne dass die UN-Resolution auf das Amt der/des Hohen Repräsentant:in Bezug nahm. Russland hatte sich durchgesetzt.

Die USA und vor allem die EU agieren hingegen in der derzeitigen Krise zurückhaltend, so als fürchteten sie, zusätzliches Öl ins Feuer zu gießen. Beide, insbesondere die EU, müssten wesentlich aktiver auftreten und die Interessen des Gesamtstaates energischer vertreten. Die EU zeigt sich zwar in ihren Statements tief besorgt über die Entwicklungen und ruft die politischen Verantwortlichen dazu auf, auf provokative und spaltende Rhetorik sowie Handlungen zu verzichten. Vor „Naming and Shaming“ scheut sie allerdings zurück, was im Land selbst kritisch gesehen wird. Im Gegensatz zu den USA, die Dodik immerhin bereits 2017 mit Sanktionen belegt haben, wagt die EU auch heute noch nicht diesen Schritt. Ebenso bedenklich ist die Tatsache, dass die EU die kroatisch-nationalistischen Forderungen der HDZ BiH hinsichtlich der anstehenden und an sich wichtigen Wahlrechtsreform unterstützt.

Dies führt zur zweifelhaften Rolle Kroatiens. Die Regierung in Zagreb unter der Führung der HDZ unterstützt fast bedingungslos die Schwesterpartei in Bosnien und Herzegowina sowie nationalistische Interessen der kroatischen Volksgruppe. Oftmalige Besuche von kroatischen Politiker:innen in der Föderation – auch zu Wahlkampfzwecken zugunsten der HDZ BiH – stehen auf der Tagesordnung. Das Wohl des Gesamtstaates haben sie dabei kaum im Blick. Auch Staatspräsident Zoran Milanović ließ mit abschätzenden Worten gegenüber dem Nachbarland aufhorchen.

Kroatien ist aber nicht das einzige EU-Land, dessen Rolle in Bosnien und Herzegowina kritisch zu sehen ist. Die derzeitigen rechtskonservativen und rechtspopulistischen Regierungen in Slowenien und Ungarn pflegen – im Gegensatz zu den anderen EU-Staaten – gute Kontakte zu Milorad Dodik, hintertreiben den Zusammenhalt Bosnien und Herzegowinas und konterkarieren somit die Bemühungen der EU. Der slowenische Ministerpräsident Janez Janša, dessen Land derzeit die EU-Präsidentschaft innehat, soll hinter einem Non-Paper stehen, in dem Mitte April 2021 für eine

Aufteilung Bosnien und Herzegowinas plädiert wurde. Zudem empfing Janša inmitten der Staatskrise Dodik zu einem Austausch über die Situation. Ungarns Viktor Orbán war kurz davor sogar in Banja Luka, um Dodik und die Spitzen der Republika Srpska zu treffen, woraufhin diese verkündeten, dass sie von Orbán und Ungarn vollumfänglich unterstützt würden.

Aus Serbien schließlich sind zu Bosnien und Herzegowina unterschiedliche, vor allem aber nationalistische Töne zu vernehmen, was insgesamt eher zur Zuspitzung der Lage beiträgt. Zum einen unterstützt Serbien die Republika Srpska, und auch in höchsten Belgrader Regierungskreisen wird immer wieder das Ziel eines Großserbiens bzw. einer „serbischen Welt“ propagiert, so zuletzt im Juni von Innenminister Aleksandar Vulin. Zugleich hat die Führung in Belgrad die serbischen Verbrechen im Zuge des Bosnienkriegs nie eingestanden, sondern vielmehr kleingeredet. Zum anderen ist Präsident Aleksandar Vučić ein Meister darin, als Schlichter am Westbalkan wahrgenommen zu werden. Erst Anfang Dezember soll er über Serbiens Botschafter in Washington angeboten haben, daran mitzuwirken, dass Milorad Dodik sein Amt abgibt.

### Seit Jahren politischer Stillstand

Zurück zur innenpolitischen Lage im Land: Stillstand und Lähmung der Institutionen des Landes sind keine neuen Phänomene, sondern sie prägen Bosnien und Herzegowina seit dem Friedensabkommen von Dayton im Jahre 1995. Dieses vermochte den Krieg im Land zu beenden, schrieb aber gleichzeitig das ethnische Prinzip fest. Bosniak:innen, Serb:innen und Kroat:innen sind die drei bestimmenden bzw. konstitutiven Volksgruppen und deren Vertreter:innen die bestimmenden Faktoren im Land; Angehörige anderer Volksgruppen (u.a. Roma und Juden) bzw. Personen, die sich einfach als Bosnier:innen/Herzegowiner:innen deklarieren, werden diskriminiert, vor allem beim passiven Wahlrecht. Schon 2009 hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg das Land wegen dieser Diskriminierung verurteilt. Geschehen ist seither nichts. Die drei Volksgruppen konnten sich bisher nicht auf eine Reform der Verfassung sowie des Wahlrechts einigen.

Das Problem ist, dass die drei führenden Parteien des Landes – die bosniakisch-nationalistische SDA (Stranka demokratske akcije; deutsch: Partei der demokratischen Aktion), die serbisch-nationalistische SNSD (Savez nezavisnih socijaldemokrata, deutsch: Allianz der Unabhängigen Sozialdemokraten) und die genannte kroatisch-nationalistische HDZ BiH – nicht oder kaum an einer Reform interessiert sind. Sie könnten ihre dominante Rolle im Land verlieren.

Diese drei Parteien blockieren einander vielfach, obwohl sie derzeit gemeinsam mit zwei kleineren Parteien die Regierung des Landes bilden, die vom bosnischen Serben Zoran Tegeltija von der SNSD angeführt wird. Während im 42-köpfigen Abgeordnetenhaus, dem Unterhaus des Parlaments, wichtige Gesetze beschlossen werden, finden diese im 15-köpfigen Oberhaus, dem Haus der Völker, wo die nationalistischen Parteien klar den Ton angeben, keine Mehrheit. Vor allem die SNSD-Abgeordneten aus der Republika Srpska verhindern wichtige Beschlüsse.

Auf Ebene der Föderation von Bosnien und Herzegowina, neben der Republika Srpska eine der beiden Entitäten des Staates, sieht es nicht besser aus – auch hier herrscht weitgehender Stillstand. Seit den Wahlen im Oktober 2018 konnte aufgrund einer Blockade der HDZ BiH keine neue Regierung gebildet werden. Die Regierung unter der Führung Fadil Novalićs (SDA) der Periode 2014-2018 fungiert immer

noch als Übergangskabinet. Novalić ist angeklagt, auf illegale Weise in die Anschaffung von 100 Beatmungsgeräten aus China involviert zu sein. Zum Teil wird von fabrizierten Vorwürfen gesprochen, hinter denen die HDZ BiH stehen soll.

Die Regierungsfähigkeit des gesamten Staates leidet zudem unter einem drastisch aufgeblähten Verwaltungssystem. Die Föderation besteht nämlich aus zehn Kantonen, an deren Spitze wiederum Regierungen stehen. Hinzu kommt noch der Distrikt Brčko, offiziell ein Kondominium der beiden Entitäten, de facto ein selbstverwaltetes Gebiet. Insgesamt zählt Bosnien und Herzegowina dreizehn Regierungen mit 144 Minister:innen.

Lichtblicke sind lediglich auf kantonaler Ebene zu finden. Im Kanton Sarajevo beispielsweise treibt die seit Jänner 2021 amtierende Regierung von Edin Forto, der u.a. die liberale Naša stranka und die sozialdemokratische Partei SDP angehören, eine engagierte Reformpolitik voran.

### Korruption und Vetternwirtschaft

Eng mit dem politischen Stillstand und mit der Ethnopolitik verbunden ist eines der größten Probleme des Landes: die weit verbreitete Korruption und Vetternwirtschaft. Sie umfasst weite Teile des alltäglichen Lebens. Öffentliche Dienstleistungen und Handlungen von Behörden werden ohne entsprechende Schmiergeldzahlungen nicht oder nur unzureichend ausgeführt. Für Aufträge der öffentlichen Hand sind ebenfalls oft genug illegale Zuwendungen an die Entscheidungsträger:innen nötig.

Hinzu kommt, dass die etablierten Parteien ein Klientensystem errichtet haben. Ein beträchtlicher Teil des Arbeitsmarktes wird vom aufgeblähten Verwaltungsapparat, von öffentlichen Dienstleistungsunternehmen sowie Firmen im öffentlichen Besitz beherrscht. Die Stellen in diesen Bereichen werden vielfach von den etablierten Parteien vergeben. Daraus ergibt sich, dass sich auch viele junge Menschen diesen Parteien anschließen müssen, um an Jobs zu kommen und somit sich und ihre Familien erhalten zu können. Somit rekrutieren jene Parteien, die für den politischen Stillstand im Land weitgehend verantwortlich sind, laufend neue, ja auch junge Mitglieder, die an der Aufrechterhaltung des Status quo Interesse haben.

Es überrascht daher nicht, dass der jüngste Bericht der Europäischen Kommission vom Oktober 2021 über die Fortschritte Bosnien und Herzegowinas zu folgendem ernüchterndem Ergebnis kam: „Bosnia and Herzegovina is at an early stage/has some level of preparation in the prevention and fight against corruption and organised crime. No progress was made in this area over the reporting period“. Zum wiederholten Male wies die Kommission auf die Dringlichkeit eines Gesetzes hin, das das öffentliche Auftragswesen und Interessenkonflikte regeln soll. Ein solches Gesetz wird schon seit Jahren von den politischen Entscheidungsträger:innen im Land verschleppt.

Der Kommissionsbericht machte außerdem auf das schlecht funktionierende Justizsystem aufmerksam, das Korruptionsfälle nur selektiv und intransparent verfolgt. All dies geschehe zum Nachteil der breiten Öffentlichkeit, der Wirtschaft und von Investor:innen.

## Frustration und massenhafte Auswanderung

Der politische Stillstand im Land sowie Korruption und Vetternwirtschaft führen zu einem hohen Ausmaß an Frustration in der Bevölkerung. Hinzu kommt die schwache wirtschaftliche und soziale Entwicklung, die mit hoher Arbeitslosigkeit einhergeht. Vor allem junge Menschen sehen für sich nur geringe Aufstiegsmöglichkeiten und Perspektiven im Land.

Nach einer jüngst erschienen Studie des United Nations Population Fund (UNFPA), bei der über 5.000 Bürger:innen des Landes im Alter von 18 bis 29 Jahren befragt wurden, sind 33 % der jungen Menschen sehr oder etwas unzufrieden mit ihrem Leben im Land. Sie belegt auch, dass das Vertrauen der Jugend in die öffentlichen Institutionen äußerst gering ist. 72 % der Befragten halten die Gesellschaft des Landes für systemisch korrupt.

Die Folge dieser Frustration ist, dass die massenhafte Auswanderung aus Bosnien und Herzegowina weitergeht. Mehrere Zehntausend Menschen sollen im ersten Halbjahr 2021 das Land verlassen haben – offizielle Statistiken gibt es jedoch nicht. Tatsache ist, dass die Bevölkerung des Landes immer weiter schrumpft, von etwa 4,5 Millionen um 1990 auf etwas über 3,25 Millionen Menschen heute. Ohne Zweifel wird der Exodus weitergehen: Laut der bereits genannten Studie denken 47 % der jungen Menschen darüber nach, das Land zu verlassen; 23 % vorübergehend, 24 % dauerhaft. Hochgerechnet sind das knapp 270.000 Menschen. Je jünger die Befragten, umso größer der Wunsch, wegzuziehen. Unter jenen, die fortziehen wollen, sind die Überlegungen auch schon recht konkret: mehr als zwei Drittel dieser Gruppe wollen Bosnien und Herzegowina schon in den nächsten zwei Jahren verlassen.

Die Konsequenz des Exodus ist, dass die Beschäftigung im Land insgesamt zurückgeht. In manchen Branchen sind Arbeitskräfte bereits knapp. Krankenhausabteilungen müssen schließen, da medizinisches Personal fehlt. In gewissen Landstrichen droht eine Überalterung der Gesellschaft, Dörfer sterben langsam aus.

Die politischen Entscheidungsträger:innen sind sich des Problems zunehmend bewusst, doch fehlt es an durchschlagenden Gegenstrategien.

## Auswege aus der Krise

Die gegenwärtige Staatskrise, die im Wesentlichen von Milorad Dodik und den Spitzenvertreter:innen der Republika Srpska ausgeht, hat das Potential, das Land um Jahre zurückzuwerfen, und könnte schlimmstenfalls wieder zu Gewalt und bewaffneten Konflikten führen.

Zur Überwindung dieser Krise braucht es besonnenes, auf Einhaltung des Rechts basierendes Vorgehen der verantwortlichen und zugleich verantwortungsvollen Entscheidungsträger:innen im Land selbst. Darüber hinaus muss die internationale Gemeinschaft einschreiten und Dodik Einhalt gebieten. Konkret heißt das:

- Zunächst sollte doch noch ein Versuch gestartet werden, Russland mit ins Boot zu holen, um Dodiks gefährliches Spiel zu stoppen. Falls dies, und davon ist auszugehen, nicht rasch gelingen sollte, muss die EU bereit sein, Dodik Grenzen zu setzen. Sie sollte dem Beispiel der USA folgen



und Sanktionen gegen den Führer der bosnischen Serben und seine Mitstreiter:innen verhängen und ihre Konten sperren.

- Darüber hinaus braucht es Druck auf Serbiens Präsident Aleksandar Vučić, damit dieser eine positivere Rolle in Bosnien und Herzegowina spielt.
- Weiters müssen Kroatien, Slowenien und Ungarn nachdrücklich von den EU-Partnerstaaten davon überzeugt werden, nicht entgegen den Interessen der Union zu agieren. Die offensichtliche Zurückhaltung ist nicht mehr zielführend.
- EU und NATO sollten zumindest offener signalisieren, dass sie zu einer Aufstockung der EUFOR Althea-Operation bereit sind.
- Im äußersten Fall schließlich muss der Hohe Repräsentant dazu bereit sein, Dodik zu entlassen.

Die aktuelle Krise ist aber auch ein weiteres Indiz dafür, dass Bosnien und Herzegowina trotz internationaler Vormundschaft wenig Fortschritte hin zu einem dauerhaft befriedeten, multiethnischen, sozial und wirtschaftlich prosperierenden Land gemacht hat. Um hier endlich eindeutig positive Entwicklungen in Gang zu bringen, braucht es unter anderem:

- Mehr Verantwortungsbewusstsein der politischen Elite:  
Die führenden Politiker:innen müssen endlich das Wohl des Gesamtstaats vor nationalistischen, ethnischen und ihren eigenen Interessen stellen.
- Konsequenteren Maßnahmen zur Bekämpfung von Korruption und Vetternwirtschaft:  
Endlich müssen die nötigen Gesetze erlassen und umgesetzt werden, was auch eine Haltungsänderung in der politischen Elite voraussetzt.
- Einen positiven Einfluss der Diaspora:  
Über zwei Millionen Bosnier:innen leben im Ausland. Ihr Potential und Know-how gilt es für die nötigen Reformen in Bosnien und Herzegowina zu nutzen. Entsprechende Initiativen sollen gefördert werden.
- Eine aktivere EU:  
Die Union muss den positiven Kräften, darunter zivilgesellschaftlichen Initiativen, im Land ein besseres Angebot machen, sie stärker unterstützen und gleichzeitig die destruktiven Ethnopolitiker:innen klarer als bisher benennen und sanktionieren. Zudem muss die EU ihre Finanzinstrumente für das Land und den Westbalkan insgesamt aufstocken.

## Weiterführende Links und Literatur

Bassuener, Kurt and Šelo Šabić, Senada: Peace Is Threatened Again in Bosnia, A Quarter Century after Dayton, in: Just Security, 22.10.2021, abrufbar unter: <https://www.justsecurity.org/78703/peace-is-threatened-again-in-bosnia-a-quarter-century-after-dayton/>.

Ćidić, Ismael, Garčević, Vesko and Gashi, Drilon S.: US Leadership Matters to Avoid New Violence in the Balkans, in: Just Security, 3.11.2021, abrufbar unter: <https://www.justsecurity.org/78869/us-leadership-matters-to-avoid-new-violence-in-the-balkans/>.

Council of the European Union: Council Conclusions on Bosnia and Herzegovina/Operation EUFOR Althea, 18 October 2021, abrufbar unter: <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-12693-2021-INIT/en/pdf>.

Der Spiegel, »Es ist Zeit, die Wahrheit zu akzeptieren«, 8.6.2021, abrufbar unter: <https://www.spiegel.de/ausland/ratko-mladic-traenen-und-erleichterung-nach-genozid-urteil-aus-den-haag-a-85404abf-3980-43a5-acd1-80f512730ca1>.

Euforbih: Common Security and Defence Policy. EUFOR Operation Althea, January 2021, abrufbar unter: [https://euforbih.org/images/pdfs/Mission\\_Factsheet.pdf](https://euforbih.org/images/pdfs/Mission_Factsheet.pdf).

European Commission: Bosnia and Herzegovina 2021 Report, Strasbourg, 19.10.2021, SWD(2021) 291 final /2, abrufbar unter: [https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/bosnia-and-herzegovina-report-2021\\_en](https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/bosnia-and-herzegovina-report-2021_en).

Gavrić, Saša: Warum Bosnien und Herzegowina eine Verfassungsreform braucht, in: OST-WEST. Europäische Perspektiven 4/2011, abrufbar unter: <https://www.owep.de/artikel/885-warum-bosnien-und-herzegowina-eine-verfassungsreform-braucht>.

Inotai, Edit and Latal, Srecko: Viktor Orban's Visit to Bosnian Serb Strongman Puzzles Observers, in: Balkan Insight, 9.11.2021, abrufbar unter: <https://balkaninsight.com/2021/11/09/viktor-orbans-visit-to-bosnian-serb-strongman-puzzles-observers/>.

International Institute for Middle East and Balkan Studies (IFIMES): 2020 Bosnia and Herzegovina-Croatia: Relations in the shadow of recent history, 16.12.2020, abrufbar unter: <https://www.ifimes.org/en/researches/2020-bosnia-and-herzegovina-croatia-relations-in-the-shadow-of-recent-history/4704#>.

International Institute for Middle East and Balkan Studies (IFIMES): 2020 Bosnia and Herzegovina: There will be no rule of law without the comprehensive reform of the BiH judiciary – Fadil Novalić case illustrates the state of the BiH judiciary, Dezember 2020, abrufbar unter: <https://www.ifimes.org/en/researches/2020-bosnia-and-herzegovina-there-will-be-no-rule-of-law-without-the-comprehensive-reform-of-the-bih-judiciary-fadil-novalic-case-illustrates-the-state-of-the-bih-judiciary/4702>.

International Institute for Middle East and Balkan Studies (IFIMES): Bosnia and Herzegovina 2021: Russia establishes its modus operandi in Bosnia and Herzegovina, 10.11.2021, abrufbar unter: <https://www.ifimes.org/en/researches/2021-bosnia-and-herzegovina-2021-russia-establishes-its-modus-operandi-in-bosnia-and-herzegovina/4958?>

Klix.ba: Dodik ponovo izjednačio politiku Trećeg rajha s ciljevima današnje Njemačke, 5.9.2021, abrufbar unter: <https://www.klix.ba/vijesti/bih/dodik-ponovo-izjednacio-politiku-trecjeg-rajha-s-ciljevima-danasnje-njemacke/210905057>.

Latal, Srecko: Radical Rhetoric in Bosnia Revives Fears of New Conflict, in: Balkan Insight, 5.10.2021, abrufbar unter: <https://balkaninsight.com/2021/10/05/radical-rhetoric-in-bosnia-revives-fears-of-new-conflict/>.

Miseljic, Ljupko: Bosnian Serb Plan to Quit State Institutions Worries Opposition Leader, in: Balkan Insight, 3.11.2021, abrufbar unter: <https://balkaninsight.com/2021/11/03/bosnian-serb-plan-to-quit-state-institutions-worries-opposition-leader/>.

Sarajevo Times: Sarajevo Canton got its third government in the last Two Years, 5.1.2021, abrufbar unter: <https://sarajevotimes.com/sarajevo-canton-got-its-third-government-in-the-last-two-years/>.

Security Council Report: Bosnia and Herzegovina: Debate and EUFOR ALTHEA Reauthorisation\*, 2.11.2021, abrufbar unter: <https://www.securitycouncilreport.org/whatsinblue/2021/11/bosnia-and-herzegovina-debate-and-eufor-althea-reauthorisation-2.php>.

Schmidt, Paul und Džihic, Vedran: EU-Erweiterung: Der Westbalkan braucht eine neue Chance, in: Derstandard.at, 22.3.2021, abrufbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000125235467/eu-erweiterung-der-westbalkan-braucht-eine-neue-chance>.

Schwarz-Schilling, Christian: Mein Europa: "Non-Papers" stiften Unruhe in der Westbalkan-Region, in: Deutsche Welle, 18.4.2021, abrufbar unter: <https://www.dw.com/de/mein-europa-non-papers-stiften-unruhe-in-der-westbalkan-region/a-57228186>.

Vracic, Alida: Time for Policy Change on Western Balkans Emigration, in: Balkan Insight, 13.1.2020, abrufbar unter: <https://balkaninsight.com/2020/01/13/time-for-policy-change-on-western-balkans-emigration/>.

UNFPA: Survey on Youth Emigration in Bosnia and Herzegovina, 17.11.2021, abrufbar unter: <https://ba.unfpa.org/en/publications/survey-youth-emigration-bosnia-and-herzegovina>.

Weber, Bodo and Perry, Valery: An EU-US deal for Bosnia and Herzegovina's disintegration, in: EU Observer, 3.11.2021, abrufbar unter: <https://euobserver.com/opinion/153397>.

Wikipedia-Artikel zu Fadil Novalić, [https://en.wikipedia.org/wiki/Fadil\\_Novalić](https://en.wikipedia.org/wiki/Fadil_Novalić).